

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juli 1928 bei täglich einmaliger Auslieferung frei Haus 1.20 Mark. Postbezugspreis für Monat Juli 8.40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig. Die Anzeigen werden nach Schmalz berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Wg., für auswärts 40 Wg., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 25 Wg., bis 90 mm breite Reklamzeile 200 Wg., außerhalb 350 Wg., Offertengelder 30 Wg., Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung.

Schaltstellung und Druckerschriftstelle: Marienstraße 38/42. Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Verantwortlich: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Nr. 25 241. Zur Nr. Nachrichten: 20 011.

Redaktion nur mit beifolgender Quittung (Dresdner Nachrichten) zulässig. — Unbestante Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Blüthner-Flügel-Pianos**  
Prager Straße 12  
Fernruf 16378

*Erstklassige*  
**Reise-Koffer**  
**Schrank-Koffer**  
sämmtliche Reiseartikel  
**ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26**

**Brennabor** der deutsche Qualitätswagen  
Dresden-N. Bautzener Straße 22  
Tel.: 56448/9  
**Arthur Anders & Co.**  
Automobile u. Reparaturwerkstatt

## Große Debatte im Reichstag.

### Scharfe Opposition der Deutschnationalen. — Starke Vorbehalte der bürgerlichen Regierungspartner.

#### Schlechte Zensuren für Müller-Franken.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 4. Juli. Der Reichstag hat heute die große politische Aussprache über die gestern abgegebene Regierungserklärung begonnen. Als erster Redner der Parteien sprach Dr. Breitfeld, der „geschickteste Salonsozialist“, der Mann, von dem behauptet wird, daß in seinem Herzen noch immer die ungeklärte Sehnsucht nach dem Außenministerium lebe und daß er nur schwer die bittere Enttäuschung darüber verwunden habe, daß Dr. Stresemann um jeden Preis in seinem Amt verbleiben will ... Mit dem an ihm gewohnten theatralischen Pathos legt Breitfeld dar, daß die Sozialdemokratie alle ihre Hoffnungen auf Severing setzt, der von sich selbst erklärt hat, daß es ihm gelungen sei, in Preußen die vaterländische Bewegung „abgewürgt zu haben“. Die große Überraschung des heutigen Tages bildete die Rede des Grafen Westarp. Mit jugendlicher Frische und mit einem Elan, den seine Gegner an ihm wohl nicht erwartet hätten, ging er zum Angriff auf die „hegrelche Sozialdemokratie“ vor, wies mit treffendem Witz, der mitunter wahre Lauslöhner auslöst, auf die geradezu tollen Widersprüche hin, die Herr Müller-Franken gestern als Regierungserklärung verapft hatte. Der Reichskanzler sah sehr ruhig auf seinem Platz, und seine Freunde in den sozialdemokratischen Bankreihen ahmten sein Vorbild nach. Sie ließen widerspruchslos das scharfe Gericht des Grafen Westarp über sich ergehen. Besonders bemerkenswert war das, was Graf Westarp zur Außenpolitik sagte: Der Reichskanzler habe die Außenpolitik nahezu als Nebensächlichkeits behandelt, habe resigniert auf jeden neuen Gedanken verzichtet. Graf Westarps Frage:

**Gibt es denn wirklich keine Möglichkeiten, die deutsche Außenpolitik fruchtbar zu gestalten, sie auf neue Wege vorwärtszuführen?**

Herrn Müller-Franken erlaubt ausbliden. Daran, daß es auch in der Außenpolitik noch andere Wege als nur die nach Westen gibt, hatte er offenbar noch gar nicht gedacht.

Nach Graf Westarp gibt für das Zentrum der Abg. Perltius eine verhältnismäßig kurze Erklärung ab. Dadurch, daß gleich eingangs die vorliegende politische Gestaltung als eine zeitliche Notlösung bezeichnet wird, und das Zentrum ausdrücklich von einer abschließenden politischen Stellungnahme absteht, distanziert sich die Partei von dem heute bestehenden Regierungsgremium und proklamiert, politisch gesprochen, eine

#### Politik der offenen Tür mit weitgehenden Reserven.

Auffällig ist, welche verhältnismäßig breiten Rahmen die Notlage in der Landwirtschaft in der kurzen Erklärung einnimmt, ein Zeichen, daß das Zentrum seine Verluste in der landwirtschaftlichen Wählerchaft wieder auszugleichen bestrebt ist. Auch in der Schulfrage weicht das Zentrum um keinen Schritt zurück. Im Schlußab wird dann nochmals unterstrichen, daß das Zentrum zwar seine Mitarbeit nicht versagen will, sich jedoch in einzelnen seine Stellungnahme vorbehalten wird.

Die darauffolgende Dauer- und Jungferrede des zum erstenmal im Reichstag auftretenden Kommunisten Twerz (Thüringen) hat den Erfolg, daß sich der Plenarsaal rasch leert und im Reichstagsrestaurant Hochbetrieb einsetzt. Während also fast sämtliche Abgeordneten, mit Ausnahme einiger in Saale verbliebener Hochposten, ihr Mittagssmahl einnehmen, vertiert dieser neue Mann im bekannten kommunistischen Jargon gegen die feindlichen Brüder von der Sozialdemokratie, denen er Arbeiterverrat und alle schlimmen Sachen an den Hals wirft.

Die Mittagspause wird ebenfalls beendet, als der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, ob seiner frischen Art mit dem freundlichen Spitznamen „Bubi“ befragt, die Rednertribüne bestiegt. Dr. Scholz hat sofort wieder ein volles und aufmerksames zuhörendes Haus. Seine Rede ist ohne persönliche Schärfe, in einer humorvollen Art vorgetragen und in der Form vielleicht eine der besten Reden, die heute gehalten worden sind. Auch er schließt sich in wesentlichen Punkten jenen Ausführungen an, die Graf Westarp an der Regierungserklärung machen mußte, rühmt die epische Breite, ihre Systemlosigkeit und die mangelnde Ausarbeitung wenigstens einiger wichtiger Probleme und Programmpunkte.

Der Mann des liberalen Bürgertums und der liberalen Unbürokratie heißt deshalb das Problem der interalliierten

#### Schuldenregelung in den Vordergrund seiner Ausführungen, und daß auf seinen

Auf zur Bildung einer Einheitsfront der nationalwirtschaftlichen Verteidigung von rechts bis links höhmisches Gelächter auf den Bänken der Kommunisten antwortet, ist bezeichnend dafür, welche Richtungsgefühlspunkte doch noch im deutschen Parlament vorwalten. Auch die Verwaltungssreform behandelt Dr. Scholz ausführlich und besonders die brennendste Frage: Preußen und Reich. Der Reden seien genug gewechselt ...

Da nehmen seine Ausführungen eine Wendung, die, wären sie nicht in so charmanter Weise vorgetragen worden, auf der Regierungsbank sicherlich nicht unerhebliche Verstim-mungen hervorgerufen haben würde. Die Reichsregierung, sagte er, hätte auf getan, mit der Einparungsreform bei sich selber zu beginnen. Warum so viel Minister, warum nicht nur ein Kabinett von 7 oder 8 Köpfen? Mit Vergnügen vernimmt man ferner das volksparteiliche Veremntis-sum dezentralisierten Einheitsstaats, um so mehr, als ja bekanntlich in der Deutschen Volkspartei auch Kräfte am Werk sind, die einen Einheitskurs zu forcieren versuchen und sich in Fragen der Reichsreform bedenklich den unitarischen Tendenzen der Demokratie bis ins einzelne ange-nähert haben.

Es sind tapfere Worte, die man über die verfehlte Erz-bergerische Steuerreform, über die Notwendigkeit, den Ländern ihre Selbstständigkeit zu bewahren oder zurückzugeben, aus dem Munde von Dr. Scholz hört. Daß Dr. Scholz sehr schon gegen Graf Westarp die Außenpolitik Dr. Stresemanns in Schutz nimmt, nimmt nicht wunder. Vielleicht, daß er gerade dadurch die leichten Verstimnungen, die durch das Telegramm aus Böhlerhöhe und die nachfolgende Behandlung des Zwischenfalls in der volksparteilichen Fraktion entstanden waren, wieder ausgleichen will. Als dann schließlich Dr. Scholz zu einer Polemik gegen Dr. Breitfeld ansetzt, beginnt der amüsanteste Teil dieser Diskussionsrede, aus der aber im Grunde nicht hervorgeht, wie man sich zu der Frage eines Vertrauensvotums oder einer Billigungsformel für die gegenwärtige Regierung stellen wird.

In breitem Schwäbisch donnert dann der badische Demokrat Haas seine Rede herunter. Er vertritt die regierungstreue Partei dieses Parlaments, die viel regierungstreuer ist, als etwa die sozialdemokratische, die doch sehr mehr und mehr angesichts ihrer schwankenden Wählerchaft in die Enge getrieben wird. Seine Bemerkung, daß diese Regierung eine ordnungsmäßige Koali-

## Die Stellungnahme der Regierungsparteien.

Berlin, 4. Juli. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen ergriff

#### Abg. Dr. Scholz (DVP.)

das Wort. Er führte etwa folgendes aus: Seine Freunde hätten sich die Bildung der Regierung anders vorgestellt. Man hätte nur wenige Probleme an die Spitze des neuen Regierungsprogramms stellen sollen. An erster Stelle stehe das weltwirtschaftliche Problem der interalliierten Schuldenregelung im Zusammenhang mit den Tributleistungen Deutschlands. Hier hätte sich eine Einheitsfront nationalwirtschaftlicher Verteidigung von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken bilden können. (Unruhe bei den Komm.) Die Deutschnationalen hätten mindestens ebenso leicht wie die Deutsche Volkspartei für solche wirtschaftliche Aufgaben eine Koalition mit den Sozialdemokraten bilden können. In solchen Dingen stehe die deutschnationale Fraktion ihrer Zusammenfassung nach den Sozialdemokraten näher als die Volkspartei. In der Frage der Verwaltungss-reform hätte die Volkspartei bestimmte Zusagen in der Regierungserklärung gewünscht. Die Voraussetzung für wirksame Reformen sei die

#### Homogenität der Regierungen des Reichs und Preußens.

Mit der Verwaltungsvereinfachung sollte in der Reichs-regierung angefangen werden. Neben dem Reichs wirt-schaftsministerium sei ein besonderes Arbeitsministe-rium und Landwirtschaftsministerium abzuschaffen. Das Justizministerium könnte mit dem Inneministerium vereinigt werden und auch das Postministerium sei ebenfalls. (Weiterkeit. Abg. Torgler, Komm.: Liquidieren Sie doch gleich den ganzen Laden!)

Das zweite große Problem ist der Finanzausgleich. Wir sind Anhänger des dezentralisierten Einheitsstaates. Wir wollen keinen Finanzausgleich, der nur dazu dient, lebens-unfähige Staaten künstlich aufrechtzuerhalten. Die Lösung wäre vielleicht so zu finden, daß sich das Reich auf die vollen Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern beschränkt, und den Gliedern des Reiches wieder die volle finanzielle Selbstverantwortung gegeben wird.

tionsregierung sei, glaubt ihm wohl keiner. Neben den So-zialdemokraten ist die demokratische Partei die einzige Partei, die für ein Vertrauensvotum plädiert.

Abg. Drewig von der Wirtschaftspartei gibt eine Er-klärung, deren Inhalt von großer Verärgerung zeugt. Nicht als ob die Partei einigen Grundfragen des Regierungs-programms ihre Zustimmung verweigerte. Aber sie fühlt sich bei der Regierungsbildung schände übergangen. Müller-Franken hatte sie aufgefordert, mitzutun. Sie hatte einige Bedingungen gestellt und zugelangt, leitdem aber hatte man sie links liegen lassen. Man freut sich, nach dieser etwas „ein-geschnappten“ Erklärung dann die lästige Verlautbarung der Wa-rtschen Volkspartei zu vernehmen, die der Ab-geordnete leicht wie immer meisterhaft verliert. Auch hier eine mehr als freibleibende Stellungnahme. Als legter Fraktionsredner dieses Tages der ersten Garnitur spricht für die Christlich-Nationale Bauern-partei der Abgeordnete Döhrich. Er ist misstrauisch gegen-über dieser Regierung, und als ihm im Laufe seiner Rede sozialistische und kommunistische Zwischenrufe an den Wagen fahren wollen, da ballt er seine Bauernfaust, schlägt auf den Tisch und schreit einige Wahrheiten in den Saal, die man auf der Linken nur ungern vernimmt.

So geht der erste Tag der Aussprache über die Rege-rungserklärung gegen 5 Uhr zu Ende. Senfaktionen gab es nicht. Die Stimmung des Vortages waltet nach wie vor im Wallotbau, die drückende Hitze verbindet redneri-sche und sonstige Exzesse, und kein Mensch merkt eigentlich, daß kurz nach 2 Uhr ein verheerender Wirbelsturm am Reichs-tagshaus vorbeigeht. Döhrich abgedeckt hat, dicke, alte Eichen im Tiergarten wie Streichhölzer knickte und den Straßenverkehr in einigen Stadtteilen lahm legte. Zum Schluß noch eine kleine Debatte, als die Nationalsozialisten ein nicht ernüchtertes Vertrauensvotum beantragen, um eine kleine Sprengwirkung zu erzielen. Merkwürdig.

Diese Regierung hat Angst vor einem Vertrauensvotum, und Herr Löbe weist aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen den Antrag zurück, den er als Verhöhnung des Parlaments bezeichnet. Es gibt eine Geschäftsordnungsdebatte, da man berechtigtermaßen das Vorgehen Löbes anfeinden kann, denn jeder Reichstagsabgeordnete kann Anträge stellen, wie er will, und ohne gezwungen zu sein, über seine Motive Aufschluß zu geben. Dieser Stellungnahme pflichten auch die Deut-schnationalen bei, die inzwischen durch Ueideiner-Wildau ihr Misstrauenstotum in eingebracht haben. Hin und her geht der Wortwechsel, mit dem Ergebnis, daß der national-sozialistische Antrag morgen doch zur Abstimmung kommen wird.

Als Endresümee kann man feststellen, daß die Chancen für ein Vertrauensvotum unter den Gesichtspunkt gesunken sind. Man nimmt an, daß das Kabinett mit einer Iendenlamme Billigungsformel sich wird begnügen müssen. Morgen mittag 12 Uhr tritt die zweite Garnitur an, und man hofft, noch am gleichen Tage zu einem vorläufigen Ende zu kommen. Dann tritt eine Pause bis Dienstag ein, an welchem Tage man zusammentreten wird, um die Initiativanträge in der Amnestiefrage zu besprechen und zu entscheiden.

**Wir wollen auch selbstverantwortliche Staatsbürger, denen man nicht die Hälfte ihres Einkommens wegheuert.**

Wir begrüßen an der Regierungserklärung die Zusage, daß der bisherige Kurs der Außenpolitik fortgesetzt werden soll. Wir wollen die Fortsetzung der Verhandlungspolitik unter der Voraussetzung der allgemeinen Abrüstung und der schlen-geren Vereinfachung des Rheinlandes. Wir stimmen der Rege-rung zu, wenn sie die wörselworbeneu Rechte der Be-amten schützen will. Die weiteren Sätze der Regierungserklärung scheinen freilich nicht ganz damit übereinzustimmen. Mit großer Genugtuung haben wir die Sätze der Regierungserklärung über die Not der Landwirtschaft gehört. So eindringlich waren solche Erklärungen noch in keiner früheren Regierungserklärung, auch nicht in jenen der Deutschnationalen.

**Wenn wir der Landwirtschaft helfen wollen, dann darf Deutschland aber nicht mit Zollsenkungen voran-gehen, sondern muß den Vortritt den wirtschaftlich sichereren Ländern lassen.**

**Wir verlangen die Rentnerversorgung durch Gesetz unter Herausnahme aus der Fürsorge.**

In der Steuerpolitik wünschen wir eine Senkung des Einkommensteuertarifes in den unteren und mittleren Stufen, die Berechnung nach dem dreijährigen Durchschnitt und ein Steuervereinfachungs-gesetz mit dem Ziel einer spürbaren Senkung der Rea-lsteuern. Das Programm einer Koalitionsregierung wird immer Kompromisse enthalten. Die Kreise des Ge-werbes und des Mittelstandes sollten überlegen, ob sie ihrer Sache nicht besser dienen, wenn sie ihren Einfluß durch Be-teiligung an solchen Koalitionen verstärken. Die Regierungserklärung berührt viele Probleme, ohne den Weg zu ihrer Lösung zu zeigen. Im Gegensatz zu Dr. Breitfeld laßt Reichskanzler Müller, es handle sich nicht um eine Koalitionsregierung. Wir sind der Meinung des Reichskanzlers. Wir werden die Taten der Regierung abwarten und aus das Recht der Kritik vorbehalten.